

Mängel und Möglichkeiten –

Wenn der Inklusionsgedanke auf dem Flur landet // **Mirko Komenda**,
Vorstand der GEW Rhein-Berg



Über 100 Interessierte und Betroffene aus Lehrerschaft, Schülerschaft, Politik und Verwaltung fanden unter dem Motto „Inklusion auf dem Flur! Wie geht das?“ bei einer Veranstaltung der GEW im Rheinisch-Bergischen Kreis zusammen. Inklusion an Schulen hatte es dort zuletzt durch explosive Konflikte auch auf die Agenda der Öffentlichkeit geschafft.

Das Thema hatte an Brisanz zugenommen, nachdem die Schulleitung der größten Gesamtschule in Bergisch Gladbach sich weigerte, zusätzliche Inklusionsschüler*innen aufzunehmen. Die zu erwartenden Überlastungen angesichts grundlegender Mängel an Ausstattung und entsprechenden Räumlichkeiten, vor allem aber dringend benötigter Fachkräfte wollte die Rektorin weder ihren Schüler*innen, noch ihrem Kollegium zumuten. Und die Sorgen sind berechtigt: Ausschreibungen für die 3,6 unbesetzten, so schon knapp bemessenen, Stellen für Sonderpädagogen an der Integrierten Gesamtschule Paffrath blieben auch nach der siebten Runde ohne Erfolg. Die Situation spitzte sich zu und alarmierte nun nicht mehr nur überforderte Lehrkräfte, sondern die gesamte Öffentlichkeit und Politik, als die Bezirksregierung nebst des offensichtlichen Mangels an qualifizierten Sonderpädagogen auch den Platzmangel eingestand und mit den mittlerweile geflügelten Worten reagierte: „Man kann ja auch auf den Fluren unterrichten.“

Dies nahm der Kreisvorstand der GEW zum Anlass zu einer großen Veranstaltung einzuladen und über das Thema zu informieren, insbesondere aber auch zu debattieren. Geladen für das Podium waren Bernd Martmann und Detlef Rockenberg, der zuständige Ko-Dezernent und der Fachbereichsleiter Schule der Stadtverwaltung, Dirk Prinz, Hauptpersonalrat Gesamtschule beim MSB in Düsseldorf, sowie Angela Bankert, Geschäftsführerin der GEW Köln. Einleitende Wort kamen von einem der Initiatoren aus dem GEW Kreisvorstand und Stadt- rat Mirko Komenda. Ebenso meldeten sich viele Gäste zu Wort mit Stellungnahmen, Erfahrungsberichten und reichlich Fragen.

Wie aus Möglichkeiten Mängel wurden

Seit sieben Jahren herrscht nun formal Inklusion an den Schulen. Mit einem Erlass im Oktober 2018 hatte die Bezirksregierung Köln alle sieben weiterführenden Schulen in Bergisch Gladbach zu „Schulen gemeinsamen Lernens“ erklärt. Nur die Gymnasien blieben außen vor.

Damit haben sich die Anforderungen an die Schulen drastisch erhöht. An der Ausstattung mit Räumen oder Personal hat sich seitdem allerdings so gut wie nichts geändert. Lehrer und Kinder sind die Leidtragenden der neuen Umstände. Die anfängliche Überlegung, wer dafür die Verantwortung trägt und wie die Problematik zu lösen ist, blieben Leitmotive des Abends.

Die schlimmen Verhältnisse, die die Lehrerschaft schon längst am eigenen Leib spürt, wurden gleich zu Beginn durch Ko-Dezernent Bernd Martmann und Fachbereichsleiter Detlef Rockenberg, in Bergisch Gladbach für die Schulen zuständig, bestätigt und untermauert. Zugemauert hingegen scheint der Weg zur potentiellen Helferin, der Bezirksregierung. Sowohl die Verwaltung als auch Schulleitungen waren mehrfach dort vorstellig. Deren Antwort war immer die gleiche.

„Die Bezirksregierung stellt fest, dass in sieben Schulen ausreichend Räume und Förderpädagogen vorhanden sind, nur – das stimmt nicht“ stellte Bernd Martmann klar. Die Prüfung beruhte lediglich auf der Grundlage eines Raumplanes.

Dennoch mit den fehlenden Standards kommt zusätzliche Arbeit anstatt Geld, das muss das Land nämlich nicht liefern, solange es keine Standards festsetzt, bemerkte Angela Bankert (GEW) mit Blick auf die Landesregierung. Dementsprechend floss in den letzten Jahren zu wenig Geld für die Ausstattung oder den Umbau von Schulen für die Inklusion.

Noch mehr, als an Räumen fehlt es an qualifiziertem Personal. Zu viele Stellen für Sonderpädagogen und Lehrer können nicht besetzt werden. Wenige Studienplätze und ein schlechtes Fortbildungskonzept führen dazu, dass es schlichtweg keine Sonderpäda-

gogen auf dem Markt gibt. Die übrigbleibenden 1,25 Milliarden Euro, die für Gehälter gedacht waren, werden dennoch nicht für die Ausbildung eingesetzt, sondern gehen zurück an das Finanzministerium.

Folglich bleiben 1100 Stellen allein in NRW unbesetzt. Und die wenigen Kolleginnen und Kollegen, die es gibt, werden zwischen den Schulen hin und her abgeordnet. „Man kann doch nicht einfach an der kurzen Decke ziehen, bis neue Löcher aufreißen!“ bringt Angelika Bankert es empört und unter Beifall auf den Punkt.

Wie aus Mängeln wieder Möglichkeiten werden können

Die Bezirksschülervertretung Rhein Berg übt den Schulterschluss mit den Lehrkräften. Sie bezieht klar Stellung für Inklusion, verschweigt dabei aber nicht ihre Sorgen um Mitschüler*innen und besonders engagierte, und somit überlastete Lehrer. Ihr Schluss ist zugleich eine Forderung, die der Lehrerschaft unmissverständlich ihre Zustimmung ausdrückt: „Inklusion ist großartig und wichtig! Die Schulen brauchen mehr Inklusion, mit mehr Zeit, mehr Geld und einem Konzept.“

An diesen Wunsch schließt die Gewerkschaft mit ihren Forderungen an: Zu einer kurzfristigen Entlastung müssen Schüler mit erhöhtem Unterstützungsbedarf auch auf Gymnasien verteilt werden und bei der Zuweisung von Lehrern sollen Schulen des gemeinsamen Lernens besser gestellt werden. Um langfristig von einer gefühlten Selektion zur tatsächlichen Inklusion zu kommen, postuliert die GEW RBK drei essenzielle

Maßnahmen:

- Verbindlich Richtlinien für die personelle Ausstattung
- Verbindliche Richtlinien für die räumliche Ausstattung
- Geänderte Förderrichtlinien für den LVR

Damit endlich auch die zuständigen höherrangigen Politiker und Behörden dem Thema die nötige Bewandnis beimessen, wurde zu diesen Maßnahmen eine Unterschriftensammlung ins Leben gerufen, zu

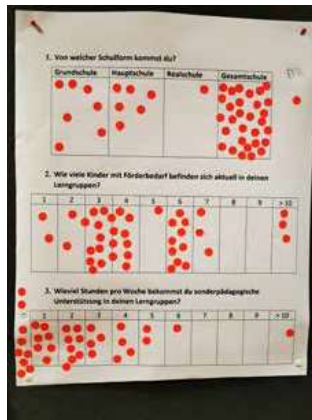
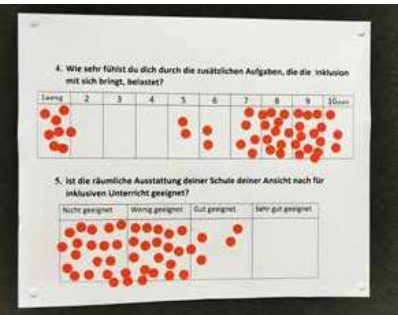
der ein jeder aufgerufen ist. (QR-Code einfügen)

Der Moderator Nikolaus Kleine schlug außerdem, wenn auch scherzhaft gemeint, so doch auch mit etwas Ernsthaftigkeit, vor, man könne einen Sternmarsch nach Düsseldorf machen; mit Rücksicht auf die Schüler an einem praktisch unterrichtsfreien Tag - einem Freitag.

Einer Frage aus dem Publikum folgend wurden, den Abend abrundend, die Möglichkeiten der Einzelnen erörtert. Hier steht beispielsweise die Kontaktsuche zu den jeweiligen Landtagsabgeordneten im Raum.

Besonders wichtig, auch zum Selbstschutz vor Abmahnungen und ähnlichen Repressalien, sei das gemeinsame, solidarische Vorgehen, betonte der Kreisvorstand der GEW. Da stehe einmal das Werkzeug der Überlastungsanzeige zur Verfügung, die gebündelt und gemeinsam von zehn, zwanzig Kolleg*innen eingereicht, nicht mehr ignoriert werden und zu Teilerfolgen führen könne. Ähnlich kollegial müsse man besonders schwere Missstände in größeren Gruppen anprangern, da es sonst für Einzelkämpfer besonders schwer wird. Und nicht zuletzt die gemeinsame Unterschriftensammlung stelle ein beträchtliches Druckmittel dar, wenn genug daran teilnehmen.

Den Gedanken, der durch die Veranstaltung trägt und zwischendurch immer wieder anklingt, dass man nicht gegen Inklusion opponieren will, sondern gemeinsam für eine bessere Umsetzung kämpft, fasst Dirk Prinz abschließend im Sinne aller Anwesenden treffend zusammen: „Inklusion kann funktionieren, das geht! Und wenn sie funktioniert, dann ist sie bereichernd und beglückend für alle Beteiligten.“



Fotos: Joachim Hofmann, Vorstand GEW Rhein-Berg